

Der Stand der freien Meinungsäußerung, Pressefreiheit und Zensur in den Sozialen Medien: Teil 2

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Taylor Hudak (TH): In der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten zeichnet sich ein Trend ab, der zu einer stärkeren Regulierung der Sozialen Medien und des Informationsraums führt. Dies geschieht durch Gesetzgebung, Entflechtungsgesetze und sogar Sanktionen. In Teil zwei unserer Serie zum Stand der freien Meinungsäußerung, der Pressefreiheit und der Zensur der Sozialen Medien werden wir uns die neuesten Richtlinien ansehen, die sich an den Pressesektor und Online-Plattformen richten. Ich bin Taylor Hudak und berichte für acTVism Munich. Wenn Sie Teil eins unserer Serie noch nicht gesehen haben, finden Sie den Link in der Beschreibung dieses Videos.

In Teil 1 haben wir die umfangreichen Bemühungen zum Bann der beliebten Video-Sharing-App TikTok in den USA besprochen. Der offizielle Grund dafür sind die Bedenken hinsichtlich der chinesischen Eigentümerschaft der Plattform. Aber diese Angelegenheit verdeutlicht einen breiteren Trend in Amerika, bei dem ausländische Unternehmen aggressiv ins Visier genommen und sogar gezwungen werden, ihre Geschäftstätigkeit im Land einzustellen. Es ist seit vielen Jahren bekannt, dass RT und andere russische Medien schon lange im Visier der US-Regierung stehen. Sei es, dass Russland für die Wahlergebnisse von 2016 verantwortlich gemacht wird, RT America 2022 geschlossen wurde oder russische Medien beschuldigt werden, Desinformationen über den Krieg in der Ukraine zu verbreiten. Inzwischen ist jedoch offensichtlich, dass die USA ihren einseitigen Informationskrieg auf eine neue Ebene gebracht haben. Am 13. September veröffentlichte das Außenministerium ein Informationsblatt mit dem Titel: *Aufklärung der Welt über die globalen verdeckten Aktivitäten von RT*. Darin wurden zusätzliche Sanktionen gegen russische Medien angekündigt, darunter drei Organisationen und zwei Einzelpersonen. Laut der Pressemitteilung des Außenministeriums beschuldigte die US-Regierung RT, mehr als nur ein Medienunternehmen zu sein, und zwar eine Organisation, die sich mit Informationsoperationen, verdeckter Einflussnahme und militärischer Auftragsvergabe befasst. Diese dreisten Anschuldigungen, für die es keine Beweise gibt, werden als

Rechtfertigung für eine weitere Einschränkung des Zugangs zu russischen Medien und für die Rechtfertigung weiterer Sanktionen und sogar für die Überwachung und gezielte Verfolgung von Medienmitarbeitern im In- und Ausland herangezogen. RT und das russische Außenministerium haben die Anschuldigungen zurückgewiesen. Die leitende Redakteurin von RT, Margarita Simonyan, erklärte, dass der Sender „von westlichen Regierungen ins Visier genommen wird, weil sie sich im Krieg mit Russland befinden“. Sie fügte hinzu, dass „Russland eine stabile Position im internationalen Informationsraum einnimmt“. Während einer Pressekonferenz zu diesem Thema ging Außenminister Antony Blinken näher auf die neue Sanktionsrunde gegen russische Medien ein. Er bestätigte, dass amerikanische Journalisten und Medienmitarbeiter, die mit den sanktionierten Einrichtungen in Verbindung stehen, der US-Regierung gemeldet werden müssen.

Antony Blinken (AB): Zusätzlich zu Sanktionen, Visabeschränkungen und anderen Maßnahmen hat das Außenministerium auch das staatlich finanzierte und geleitete russische Medienunternehmen Rossiya Segodnya und fünf seiner Tochtergesellschaften, darunter RT, gemäß dem Foreign Missions Act benannt. Infolgedessen sind diese Akteure nun verpflichtet, dem Außenministerium alle in den Vereinigten Staaten tätigen Mitarbeiter sowie ihr Eigentum zu melden.

TH: Und während derselben Pressekonferenz deutete Jamie Rubin, Direktor des Global Engagement Centre des Außenministeriums, auf den politischen Charakter der Sanktionen hin und erklärte, warum das Außenministerium der Meinung sei, es gäbe nicht genügend weltweite Unterstützung für die Ukraine.

Jamie Rubin: Sanktionen sind ein Werkzeug. Sie sind kein Ziel. Was ist das Ziel? Das Ziel ist für den Rest der Welt – und denken Sie daran, Sie haben Mat monatelang Fragen zum Globalen Süden gestellt und warum es in diesem Teil des Nahen Ostens oder jenem Teil Lateinamerikas oder diesem Teil Afrikas nicht mehr Unterstützung für die Ukraine gibt, nun, einer der Gründe – nicht der einzige Grund – aber einer der Gründe, warum so viele Teile der Welt die Ukraine nicht in dem Maße unterstützt haben, wie man es erwarten würde, da Russland in die Ukraine einmarschiert ist und gegen Regel Nummer eins des internationalen Systems verstoßen hat, liegt in der großen Reichweite von RT.

TH: Diese Sanktionen und die allgemeine Stimmung haben zu einer Reihe von Angriffen auf die Meinungsfreiheit und den Journalismus in Amerika geführt. Mitte Oktober musste ein in den USA ansässiges Unternehmen, das Inhalte für Radio Sputnik produzierte, schließen. Im Sommer wurden die Wohnungen von Amerikanern, die mit russischen Medien in Verbindung stehen, vom FBI durchsucht. Zu diesen Personen gehörte auch der ehemalige UN-Waffeninspekteur Scott Ritter. Ritter hat Analysen zur US-Außenpolitik bereitgestellt, unter anderem zum Thema Russland und Ukraine. Am 7. August führten FBI-Beamte unter Berufung auf mögliche Verstöße gegen den Foreign Agents Registration Act (FARA) eine Durchsuchung in seinem Haus durch. Nach der Durchsuchung sprach Ritter vor seinem Haus mit den örtlichen Medien.

Scott Ritter: Ich sage Ihnen gleich, dass ich nicht gegen das Registrierungsgesetz verstoßen habe. Das habe ich nicht getan [unverständlich]. Und hoffentlich kommen sie durch die Ausführung des Durchsuchungsbefehls und die Beschlagnahme der Materialien schnell zu diesem Schluss. Das FBI war außerordentlich professionell. Ich habe keine Beschwerden gegen die Mitarbeiter, die die Durchsuchung durchgeführt haben. Ich erhebe jedoch Beschwerden gegen die Mitarbeiter, die für dieses Vorgehen verantwortlich sind.

TH: Ritter merkte auch an, dass Maßnahmen wie diese gegen US-Bürger schwerwiegende Auswirkungen auf unsere Menschenrechte und bürgerlichen Freiheiten haben werden.

Scott Ritter: Solche Vorfälle haben eine abschreckende Wirkung auf die Redefreiheit. Es besteht kein Zweifel, dass ich aufgrund meiner Äußerungen zur US-Politik in der Ukraine zur Zielscheibe geworden bin. Ich bin im Visier, weil ich mich für die Verbesserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Russland eingesetzt habe, um Waffenkontrolle und Frieden zu erreichen. Anscheinend missfällt dies einigen Mitgliedern der US-Regierung, sodass sie einen Durchsuchungsbefehl ausgestellt haben. Die Vorstellung, dass man in Amerika das Recht auf freie Meinungsäußerung hat, wenn man es auf eine Weise ausübt, die der US-Regierung missfällt, und sie einen Durchsuchungsbefehl ausstellt, ist ein Einschüchterungsfaktor. Ich kann sagen, dass ich mich nicht einschüchtern lasse und weiterhin meine Meinung äußern werde. Und ich werde weiterhin so handeln, denn das ist meine Verantwortung als amerikanischer Staatsbürger. Und ich werde weiterhin auf diese Weise handeln.

TH: Aber die Vereinigten Staaten versuchen nicht nur, amerikanische Journalisten und Kommentatoren einzuschüchtern und die Reichweite russischer Medien innerhalb der US-Grenzen einzuschränken. In der Pressemitteilung vom 13. September, in der die Sanktionen angekündigt wurden, heißt es: „Das US-Außenministerium bemüht sich aktiv auf diplomatischem Wege, andere Regierungen auf der ganzen Welt über die Nutzung von RT durch Russland zur Durchführung verdeckter Aktivitäten zu informieren und sie dazu zu ermutigen, Maßnahmen zu ergreifen, um die Fähigkeit Russlands einzuschränken, sich in ausländische Wahlen einzumischen und Waffen für seinen Krieg gegen die Ukraine zu beschaffen.“ Außenminister Blinken ging näher auf diese neue diplomatische Bemühung ein und beschrieb eine Initiative, die darauf abzielt, die Reichweite russischer Medien weltweit zu verringern.

AB: Heute geben wir bekannt, dass diese vom Kreml unterstützten Medien nicht nur verdeckt Einfluss auf die Demokratie in den Vereinigten Staaten nehmen, sondern auch in die souveränen Angelegenheiten von Ländern auf der ganzen Welt eingreifen. Als Reaktion darauf leiten die USA, das Vereinigte Königreich und Kanada heute eine gemeinsame diplomatische Kampagne ein, um Verbündete und Partner auf der ganzen Welt zu mobilisieren, sich uns anzuschließen und die Bedrohung durch RT und andere Mechanismen der russischen Desinformation und verdeckten Einflussnahme anzugehen. Wir fordern alle Verbündeten und Partner auf, die Aktivitäten von RT zunächst so zu behandeln, wie sie es mit anderen nachrichtendienstlichen Aktivitäten Russlands innerhalb ihrer Grenzen tun.

TH: Möglicherweise haben sich die imperialen Ambitionen der USA also offiziell auf den Informationsraum ausgeweitet. Das würde bedeuten, dass die USA versuchen, Druck auf andere Regierungen auszuüben, um den Zugang zu RT und anderen russischen Medien einzuschränken. Und genau das ist laut der indischen Zeitung The Hindu bereits in Indien geschehen. „US-Botschaftsvertreter sprachen mit dem indischen Außenministerium“ und ermutigten es, sich den Bemühungen zur Bekämpfung der sogenannten russischen Desinformation anzuschließen. Die US-Behörden forderten die indische Regierung auf, die Akkreditierungen indischer RT-Journalisten zu widerrufen und sie gemäß dem Foreign Missions Act zu benennen. Berichten zufolge hat sich die indische Regierung jedoch geweigert, dieser Aufforderung nachzukommen. Laut dem Bericht in The Hindu hat sich das Ministerium zu diesem Thema nicht geäußert, aber Regierungsbeamte sagten, dass die Debatte über Sanktionen für Indien nicht relevant sei, während ein ehemaliger Diplomat sagte, dass das Verbot von Medienorganisationen die Doppelmoral westlicher Länder zeige. In dem Artikel wurde auch der ehemalige indische Botschafter Russlands und Frankreichs, Kanwal Sibal, zitiert, der sagte: „Die US-Sanktionen zur Einschränkung und Zensur russischer Medienorganisationen schaden den eigenen Werten Amerikas.“ In einer weiteren Stellungnahme sagte der ehemalige Botschafter und ehemalige Sekretär Sibal: „Dies wird vom Globalen Süden, der ins Visier genommen werden soll, als Doppelmoral angesehen werden. Indien wird auf einen solchen amerikanischen Druck offensichtlich nicht reagieren“. Und obwohl Indien sich in dieser Angelegenheit nicht den Forderungen der USA beugen wird, wirft dies Fragen über den Zustand der freien Presse weltweit in Ländern auf, die eher bereit sein könnten, den Forderungen der USA nachzukommen, die Akkreditierung von Journalisten zu entziehen und russische Medien einzuschränken. In einem Kommentar zu den Anschuldigungen des US-Außenministeriums und den Sanktionen sagte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa: „Die USA haben der Meinungsfreiheit in der ganzen Welt den Krieg erklärt und wenden sich mit offenen Drohungen und Erpressung gegen andere Staaten, um sie gegen die heimischen Medien aufzubringen und die alleinige Kontrolle über den globalen Informationsraum zu erlangen.“

Und nicht nur in den Vereinigten Staaten wurde hart gegen russische Medien vorgegangen. Auch in der Europäischen Union sehen wir dies, mit dem Verbot von RT und Sputnik im Jahr 2022 nach dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine. Im Jahr 2024 erlebte die EU jedoch eine bedeutende regulatorische Verschiebung im Bereich des freien Internets durch die Gesetzgebung mit dem EU-Gesetz über digitale Dienste (Digital Services Act, DSA). Das DSA verpflichtet bestimmte sehr große Online-Plattformen (VLOPs), d. h. Plattformen mit mehr als 45 Millionen Nutzern pro Monat, zur Einhaltung einer Reihe von Bestimmungen zum Daten- und Werbeschutz. Laut der Website der Kommission ist das DSA „sicherer, fairer und transparenter“, und seine Maßnahmen sollen darauf abzielen, illegale Inhalte zu bekämpfen, Minderjährige zu schützen, für mehr Transparenz zu sorgen und vieles mehr. Mit dem DSA wird ein neuer Aufsichtsrahmen zur Überwachung des Online-Raums durch den Europäischen Ausschuss für digitale Dienste geschaffen. Es setzt sich aus Koordinatoren für digitale Dienste aus den Mitgliedstaaten zusammen und wird von der Kommission geleitet. Aufgabe des Ausschusses ist es, die Einhaltung des DSA sicherzustellen, seine Durchsetzung zu gewährleisten und gemeinsame Untersuchungen zu unterstützen. Darüber hinaus

verpflichtet das neue Gesetz die Plattformen, Maßnahmen zu ergreifen, um die Verbreitung illegaler Inhalte und Desinformation zu bekämpfen. Plattformen müssen Instrumente zur Meldung von Inhalten für Benutzer bereitstellen und ihnen die Möglichkeit geben, die Moderation von Inhalten in Abstimmung mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern anzufechten. Auf der Website der Kommission heißt es: „Vertrauenswürdige Meldestellen sind spezielle Stellen im Rahmen des DSA und Experten für die Erkennung bestimmter Arten illegaler Online-Inhalte, wie Hassreden oder terroristische Inhalte.“ Die Koordinatoren für digitale Dienste ernennen vertrauenswürdige Meldestellen, die für die Erkennung problematischer Inhalte und die Benachrichtigung der Plattform verantwortlich sind.

Ein Aspekt des DSA, der nicht oft diskutiert wird, aber hervorzuheben ist, betrifft eine Bestimmung, die die Umsetzung besonderer Verfahren während einer Krise ermöglicht. Laut Gesetzgebung sollte eine Krise als eingetreten gelten, wenn außergewöhnliche Umstände eintreten, die zu einer ernsthaften Bedrohung der öffentlichen Sicherheit, der öffentlichen Gesundheit in der Union oder in wesentlichen Teilen davon führen können. Solche Krisen können durch aktuelle oder aufkommende bewaffnete Konflikte oder terroristische Handlungen, Naturkatastrophen oder schwerwiegende grenzüberschreitende Bedrohungen der öffentlichen Gesundheit entstehen. Weiter heißt es, dass die Kommission zusammen mit dem Vorstand und den VLOPs in der Lage sein sollte, schnell eine Krisenreaktion einzuleiten und somit bestimmte Maßnahmen umzusetzen. Zu den Maßnahmen können die Anpassung der Inhaltsmoderationsprozesse und die Erweiterung der für die Inhaltsmoderation bereitgestellten Ressourcen, die Anpassung der Nutzungsbedingungen, der relevanten algorithmischen Systeme und der Werbesysteme und vieles mehr [...] sowie die Förderung vertrauenswürdiger Informationen und die Anpassung des Designs der Online-Schnittstellen gehören. Dies bedeutet, dass es in Krisenzeiten zu Änderungen bei Methoden der Inhaltsmoderation, Änderungen des Algorithmus und der Förderung vertrauenswürdiger Informationen kommen kann. Man muss sich jedoch fragen, was als vertrauenswürdige Information gilt und durch wen und nach welchen Standards. Nun werden Krisenmanagement und Krisenreaktion im Text des Gesetzes ausdrücklich behandelt.

In Artikel 36 wird ein Krisenreaktionsmechanismus skizziert, in dem die Europäische Kommission auf Empfehlung des Ausschusses die VLOPs und Suchmaschinen dazu verpflichten kann, spezifische Maßnahmen zu ergreifen, um jeglichen Beitrag zu einer ernsthaften Bedrohung zu verhindern oder zu beseitigen. Artikel 48 des Krisenprotokolls besagt: „Der Ausschuss kann der Kommission empfehlen, die Ausarbeitung freiwilliger Krisenprotokolle zur Bewältigung von Krisensituationen in die Wege zu leiten. Diese Situationen sind streng auf außergewöhnliche Umstände beschränkt, die die öffentliche Sicherheit oder die öffentliche Gesundheit betreffen. Und obwohl diese Bestimmungen vage formuliert sind, deutet alles darauf hin, dass in Krisenzeiten wahrscheinlich besondere Richtlinien und Verfahren umgesetzt werden. Und diese Verfahren werden von der Kommission und dem Vorstand ausgearbeitet. Dies wirft sicherlich die Frage auf, ob es möglich ist, die Plattformen der Sozialen Medien während einer Krise stärker zu kontrollieren. Aufgrund dessen könnten wir im Rahmen des DSA sehr wohl ein weitaus stärker reguliertes Internet erleben, das im Namen der Verhinderung von Schadensfällen

während eines Konflikts, eines Krieges oder eines Ereignisses im Bereich der öffentlichen Gesundheit keine vielfältigen Inhalte oder Analysen zulässt. Wenn wir nun allgemein auf das DSA blicken, könnte jedes VLOP, das die Verordnung nicht einhält, mit einer Geldstrafe in Höhe von 6 % seines jährlichen weltweiten Umsatzes belegt werden. Wiederholungstäter könnten sogar mit einem Verbot im gesamten Block belegt werden.

In Teil 1 unserer Serie behandelten wir mehrere Fälle von Zensur in den sozialen Medien, die Telegram, X und TikTok betrafen. Und obwohl diese konkreten Fälle nicht mit Verstößen gegen das DSA in Zusammenhang standen, wurden diese und andere Plattformen bereits im Rahmen dieser Gesetzgebung untersucht. Im Dezember 2023 leitete die Kommission eine Untersuchung gegen X wegen möglicher Verstöße gegen das DSA im Zusammenhang mit Risikomanagement, dunklen Mustern, Inhaltsmoderation und mehr ein. Es heißt weiter: „Auf der Grundlage einer Voruntersuchung zur Verbreitung illegaler Inhalte im Zusammenhang mit den Terroranschlägen der Hamas gegen Israel hat die Kommission beschlossen, ein förmliches Verfahren gegen X einzuleiten“. In Bezug auf die Untersuchung sagte der damalige Kommissar für den Binnenmarkt, Thierry Breton: „Die heutige Einleitung des förmlichen Verfahrens gegen X macht deutlich, dass mit dem DSA die Zeit der großen Plattformen, die sich so verhalten, als wären sie ‚zu groß, um sich Gedanken zu machen‘, vorbei ist“. Wir werden nun eingehend prüfen, ob X die Verpflichtungen aus dem DSA zur Bekämpfung der Verbreitung und Verstärkung illegaler Inhalte und Desinformation in der EU einhält. Neben X wurde im April dieses Jahres auch Meta, das Unternehmen, dem Facebook und Instagram gehören, von der Kommission untersucht. Die Untersuchung wurde wegen möglicher Verstöße gegen das DSA aufgrund mutmaßlicher Verstöße im Zusammenhang mit irreführender Werbung, Desinformation und politischen Inhalten eingeleitet. Zur Untersuchung sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen: „Die Kommission hat ein Mittel geschaffen, um die europäischen Bürger vor gezielter Desinformation und Manipulation durch Drittländer zu schützen. Wenn wir einen Verstoß gegen die Vorschriften vermuten, handeln wir.“ Dies sind nur zwei von mehreren Beispielen, bei denen die Kommission Untersuchungen zu Online-Plattformen aufgrund möglicher Verstöße gegen die DSA eingeleitet hat. Es ist eindeutig, dass die Kommission eine wichtige Rolle bei der Überwachung des Inkrafttretens der Verordnung und im Hinblick auf die Einleitung von Untersuchungen spielt, die zum Teil mit der Art der auf der Plattform veröffentlichten Inhalte zusammenhängen.

Und obwohl die DSA allgemein bekannt ist, ist den meisten Menschen ein ähnliches Gesetz für den Mediensektor unbekannt. Es handelt sich um den European Media Freedom Act (EMFA). Der EMFA wurde im März dieses Jahres vom EU-Parlament verabschiedet und trat im Mai in Kraft. Es wurde erstmals im September 2022 vorgeschlagen und der Öffentlichkeit als Teil einer umfassenderen Initiative zur Gewährleistung von Medienpluralismus und Medienunabhängigkeit präsentiert, während gleichzeitig Journalisten vor rechtswidrigen Angriffen durch Mitgliedstaaten geschützt werden sollten. Das Gesetz soll auch vor Desinformation und ausländischer Einmischung in den EU-Mediensektor schützen. Und obwohl der EMFA für seine erklärten Ziele einige Anerkennung erhalten hat, haben mehrere Verlegerverbände und Pressefreiheitsgruppen bereits von Anfang an Einwände gegen den

EMFA erhoben. Kurz nach der Ankündigung des Vorschlags im September 2022 gaben die European Magazine Media Association (EMMA) und die Newspaper Publishers Association (ENPA) eine Pressemitteilung mit dem Titel *Europäische Presseverleger fordern die Europäische Kommission auf, den ‚Media Unfreedom Act‘ nicht zu verabschieden* heraus. Darin hieß es: „Wir bedauern zutiefst diese Bedrohung für die Presse- und Medienfreiheit und fordern die Kommission auf, den Vorschlag in ihrer bevorstehenden Sitzung nicht anzunehmen.“ Und um es deutlich zu formulieren: Dieser Brief bezog sich auf die Version des Gesetzesentwurfs von 2022. Doch auch heute noch warnen viele Presseverleger vor den Bestimmungen des EMFA und anderer Gesetze, die die Medien regulieren sollen.

Was genau ist der European Media Freedom Act? Zunächst einmal ist es von Bedeutung, die Unterschiede zum vorherigen Rechtsrahmen zu betrachten. Der EMFA zentralisiert den EU-Mediensektor in einem Binnenmarkt, der von einem neu eingerichteten Europäischen Gremium für Mediendienste überwacht wird. Dies ähnelt dem bereits erwähnten separaten Europäischen Gremium für digitale Dienste im Rahmen des DSA, ist aber nicht damit zu verwechseln. Zu den Aufgaben des Europäischen Gremiums für Mediendienste gehören die Überwachung des EU-Mediensektors, die Abgabe von Stellungnahmen zu Marktkonzentrationen, die Bereitstellung von Fachberatung und die Sicherstellung der einheitlichen Einhaltung der Verordnung und vieles mehr. Das Gremium versteht sich als unabhängige Einrichtung, die nicht von der Kommission beeinflusst wird. Der Ausschuss wird jedoch aus nationalen Regulierungsbehörden und einem Vertreter der Kommission bestehen, wobei das Sekretariat des Ausschusses von der Kommission gestellt wird. Darüber hinaus sollen viele der Aufgaben des Ausschusses gemeinsam mit der Kommission wahrgenommen werden. In einer Debatte über den EMFA auf France 24 sprach Ilias Konteas, Geschäftsführer der European Press Publishers Associations, über die beispiellose Natur dieser Gesetzgebung.

Ilias Konteas (IK): Wir haben auch Bedenken hinsichtlich einiger Elemente auf dem Markt für Medienfreiheit, die wir für grundlegend halten, da die Pressefreiheit in Europa seit Jahrhunderten auf der Grundlage bestimmter Elemente funktioniert. Und wir sind der Meinung, dass dies keine positive Entwicklung sein wird, sollten diese nun missachtet oder gestört werden.

TH: Konteas führt weiter aus, dass die Dezentralisierung des europäischen Mediensektors im Rahmen des EMFA im Widerspruch zu der Art und Weise steht, wie die Medien in Europa seit jeher funktionieren. Historisch gesehen lag die Medienpolitik in erster Linie in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Dies löste eine Debatte darüber aus, ob die Kommission überhaupt eine Medienregulierung vorschlagen dürfe.

IK: Die Region Europa ist vielfältig. Europa hat sich schon immer auf die Vielfalt seiner Kultur, seiner Geografie und seiner Sprachen verlassen. Und die Medienmärkte in der gesamten Union sind auf diesen Elementen aufgebaut. Wir sind daher nicht der Meinung, dass es einen gemeinsamen Markt gibt, der die regulatorische Intervention der Europäischen Kommission rechtfertigt. Ein zweites Element, die Überwachung durch eine zentrale Behörde, diesen Europäischen Ausschuss, ist für unseren Sektor beispiellos. Wir halten auch

die direkte Beteiligung der Europäischen Kommission für problematisch. Es ist so, als hätte man eine Regierung, eine europäische Regierung, die die Medien überwacht. Ich glaube nicht, dass dies angemessen ist. Wir sind der Meinung, dass dies angesprochen werden muss.

TH: Hierbei handelt es sich um den ersten Vorschlag der Kommission für ein Gesetz in Bezug auf die Medien in Form einer Verordnung. Der bestehende Rahmen, auf dem der EMFA aufbauen wird, ist die Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-Richtlinie). Einer der grundlegendsten Unterschiede zwischen den beiden Rechtsakten liegt im Namen selbst. Die AVMD-Richtlinie ist eine Richtlinie, die für die enger definierten audiovisuellen Mediendienste gilt, während der EMFA eine Verordnung für Mediendienstanbieter oder MSPs ist, zu denen die Presse und sogar freiberufliche Journalisten und alternative Medienorganisationen gehören. Da der EMFA in Form einer Verordnung vorliegt, hat sie Rechtsverbindlichkeit, geht nationalen Gesetzen vor und beschränkt die Möglichkeiten der Mitgliedstaaten, festzulegen, wie das im Gesetz festgelegte Ziel erreicht werden soll. Eine Richtlinie wie die AVMD-Richtlinie bietet mehr Flexibilität. Ähnlich wie die DSA legt der EMFA Regeln für sehr große Online-Plattformen oder VLOPs fest, d. h. Plattformen mit mehr als 45 Millionen Nutzern pro Monat. Dazu gehören TikTok, Facebook, Instagram, X, YouTube und andere. Artikel 18 des EMFA verpflichtet Anbieter von VLOPs, eine Funktionalität bereitzustellen, die es Mediendienstleistern oder MSPs ermöglicht, vor der Nutzung der Plattformdienste oder dem Hochladen von Inhalten eine Erklärung abzugeben. Im Rahmen dieser Erklärung muss der Nutzer erklären, dass er ein Mediendienstleister ist, die den EMFA einhält, redaktionell unabhängig von Mitgliedstaaten, politischen Parteien und Drittländern ist, regulatorischen Anforderungen in Bezug auf die redaktionelle Verantwortung unterliegt und keine von KI generierten Inhalte veröffentlicht. Der Mediendienstleister muss außerdem einen offiziellen Namen, Kontaktdaten und Informationen über die zuständige nationale Regulierungsbehörde angeben. VLOPs sind verpflichtet, die von MSPs veröffentlichten Inhalte zu überwachen, und können sogar auf die Plattform hochgeladene Inhalte einschränken oder entfernen, sofern diese gegen Bestimmungen des EMFA oder die Nutzungsbedingungen der Plattform verstoßen. Die European Magazine Media Association äußerte Ende 2023 Bedenken hinsichtlich dieses speziellen Artikels im Gesetzesentwurf, der zu diesem Zeitpunkt als Artikel 17 galt, in der endgültigen Fassung jedoch Artikel 18 ist. In einer Pressemitteilung, die von mehreren großen europäischen Mediengruppen mitunterzeichnet wurde, heißt es: „Plattformzensur steht im Widerspruch zu EU- und nationalen Gesetzen sowie journalistischen Standards. Ebenso wie unilaterale Entfernungen ist jede Einschränkung der Sichtbarkeit legaler redaktioneller Inhalte durch VLOPs, einschließlich Downranking, Shadow Banning usw., mit der Medienfreiheit und dem Pluralismus unvereinbar und hätte die gleichen Auswirkungen auf die Fähigkeit der Medien, ihr Publikum im Rahmen des Rechts der Bürger auf Zugang zu Informationen zu erreichen.“

Aber es gab auch Unterstützung für den EMFA. Reporter ohne Grenzen (RSF) lobt das neue Gesetz in seiner endgültigen Form und bezeichnet es als großen Fortschritt für das Recht auf Information in Europa und ermutigt Staaten, die neue Gesetzgebung engagiert umzusetzen. Während des gesamten Gesetzgebungsverfahrens kritisierte RSF jedoch Teile von Artikel 4,

zu denen Ausnahmen für die nationale Sicherheit bei der Überwachung von Journalisten gehören. Unterdessen bleiben die Verlegerverbände kritisch. Zur endgültigen Verabschiedung des Gesetzes gab die EMMA eine Erklärung ab, in der es heißt: „Der European Media Freedom Act schafft einen Präzedenzfall für die Regulierung des Pressewesens auf europäischer Ebene und unterwirft die Presse einer europäischen Medienregulierungsbehörde. Und im Rahmen des EMFA sind legale redaktionelle Medieninhalte nicht ausreichend vor Entscheidungen über die Moderation von Inhalten durch sehr große Online-Plattformen geschützt.“ Der geschäftsführende Direktor Ilias Konteas fügte eine Erklärung hinzu, in der er sagte: „Der EMFA hat nicht nur die Tür zur Presseregulierung geöffnet, sondern auch falsche Vorstellungen über die Rolle der Herausgeber, die Präzedenzfälle der Allgemeinen Geschäftsbedingungen von Plattformen gegenüber dem Gesetz und die angebliche Gleichstellung der Presse mit den audiovisuellen Medien gesetzlich verankert.“ Trotz erheblicher Kritik, aber auch einiger lobender Worte von Abgeordneten des Europäischen Parlaments und anderen, wird der EMFA im August 2025 im gesamten Block vollständig in Kraft treten.

Zusammenfassend lässt sich in Bezug auf das EU-Gesetz über digitale Dienste und das Medienfreiheitsgesetz erkennen, in welche Richtung wir uns mit der Regulierung der Sozialen Medien und des Informationsraums bewegen. Letztendlich bürden diese Gesetze den Online-Plattformen die Last auf, Inhalte zu überwachen und zu regulieren. Eine zentrale Behörde in Zusammenarbeit mit der EU-Kommission hat jedoch keine spezifischen Vorschriften und Richtlinien dazu erlassen, wie genau diese Inhalte überwacht werden sollen. Erfüllt eine Plattform die Richtlinien nicht, wird eine Untersuchung eingeleitet mit der Möglichkeit einer Geldstrafe oder eines Verbots im gesamten Block. Da die Kommission eine so herausragende Rolle bei der Regulierung von online veröffentlichten Informationen spielt, wirft dies Bedenken hinsichtlich jeglicher Inhalte auf, die der Kommission selbst oder bestimmten Kommissionsmitgliedern oder der EU-Politik kritisch gegenüberstehen könnten. Werden Plattformen willkürlichen Untersuchungen unterzogen und möglicherweise bestraft, weil sie Inhalte, die der Kommission nicht gefallen, nicht regulieren? Schließlich handelt es sich bei der Kommission um ein nicht gewähltes und nicht rechenschaftspflichtiges Gremium von Bürokraten, die schon für so manchen politischen Skandal gesorgt haben, über den in der Öffentlichkeit unbedingt berichtet und diskutiert werden sollte. So sollten freie und offene Demokratien funktionieren. Wie können Journalisten wirklich unabhängig sein, wenn sie über den Europäischen Ausschuss für Mediendienste der Kontrolle der Kommission unterstehen? In den offiziellen Pressemitteilungen und Reden zur Einführung des DSA und des EMFA werden positive Begriffe wie Medienfreiheit, Unabhängigkeit, Transparenz und Sicherheit verwendet. Dadurch entsteht der Eindruck, dass diese Richtlinien Grundsätze gewährleisten, die von den meisten Menschen unterstützt werden. Bei näherer Betrachtung dieser Gesetze offenbart sich jedoch ein anderes Bild. Diese Richtlinien haben das Potenzial, Informationen einzuschränken, die im Widerspruch zur offiziellen Darstellung stehen, und gefährden somit die freie Presse und behindern Ihr Recht auf Information und Zugang zu Informationen. Wir müssen überlegen, wie wir am besten vorgehen. Brauchen wir mehr Regulierung? Brauchen wir weniger? Gibt es wirklich freie Medien oder einen kontrollierten Informationsraum, der uns Redefreiheit und freie Medien verspricht?

Dies ist der Abschluss unserer Serie über den Stand der Pressefreiheit, der Redefreiheit und der Zensur der Sozialen Medien. Mehrere der von uns behandelten Themen unterliegen einer Entwicklung, daher werden wir Sie bei acTVism Munich weiterhin über die jüngsten Entwicklungen auf dem Laufenden halten. Abonnieren Sie unbedingt unseren YouTube- und Rumble-Kanal. Und vergessen Sie nicht, uns auf Telegram unter acTVism Munich Official zu folgen. Wenn Ihnen dieses Video gefallen hat und Sie unseren unabhängigen Journalismus unterstützen möchten, erwägen Sie eine Spende an unsere Organisation. Ich bin Journalistin Taylor Hudak und danke Ihnen allen fürs Zuschauen.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO:	PAYPAL:	PATREON:	BETTERPLACE:
Kontoinhaber: acTVism München e.V.	E-Mail: PayPal@acTVism.org	https://www.patreon.com/acTVism	Link: Klicken Sie hier
Bank: GLS Bank			
IBAN: DE89430609678224073600			
BIC: GENODEM1GLS			

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org